

## Zeugen gesucht

Fahrerflucht  
nach Selbstunfall

**BENDERN** Am Samstagabend verursachte ein Fahrzeuglenker in Bendern gemäss Mitteilung der Landespolizei einen Selbstunfall und verliess die Unfallstelle, ohne sich um die Schadensregelung zu kümmern. Gegen 21.50 Uhr fuhr ein Unbekannter mit einem roten Personenwagen auf der Eschnerstrasse in Bendern in Richtung Eschen. Auf Höhe des Blumengeschäfts Näscher geriet er mit seinem Fahrzeug in die Fahrbahnmitte und kollidierte mit einem auf der dortigen Verkehrsinsel angebrachten Schild. Dieses wurde dabei gegen ein entgegenkommendes Fahrzeug geschleudert, welches dadurch im Frontbereich beschädigt wurde. Der Unbekannte verliess pflichtwidrig die Unfallstelle, ohne sich um den entstandenen Schaden gekümmert zu haben. Sowohl an der Verkehrsinsel als auch an den Fahrzeugen entstand erheblicher Sachschaden. Personen wurden nach bisherigen Erkenntnissen keine verletzt. Die Landespolizei ersucht um sachdienliche Hinweise zum unfallverursachenden roten Personenwagen unter +423 236 71 11 oder an info@landespolizei.li. (red/lpfl)

## Aus der Region I

Zwei Verletzte  
nach Kollision mit  
drei Autos in Vilters

**VILTERS** Am Freitag sind in Vilters drei Autos ineinander geprallt. Zwei Insassen zogen sich beim Unfall Verletzungen zu. Ein Autofahrer musste sich einer Blut- und Urinprobe unterziehen. Um 15.50 Uhr lenkte ein 71-Jähriger sein Auto auf der Bäschärstrasse in Richtung Vilters, wie die Kantonspolizei St. Gallen am Samstag mitteilte. Bei der Einmündung in die Ragazerstrasse missachtete er den Vortritt und fuhr ungebremst in die Kreuzung hinein. In diesem Moment befuhr ein 56-Jähriger die Ragazerstrasse von Sargans kommend in Richtung Bad Ragaz. Es kam zu einer seitlich frontalen Kollision. Durch den Zusammenprall



Der 71-jährige Unfallversursacher stand unter Alkoholeinfluss. (Foto: ZVG)

wurde das Auto des 56-Jährigen nach rechts abgewiesen. Es prallte in das stehende Auto einer 57-Jährigen. Der alarmierte Rettungsdienst versorgte zwei Verletzte. Eine Person wurde in ein Spital eingewiesen. Beim 71-jährigen Lenker wurde ein positiver Alkoholverwert festgestellt. An den Fahrzeugen entstand ein Schaden von 11 500 Franken. (red/kapog)

## Aus der Region II

Nach Kollision aus  
dem Staub gemacht

**BUCHS** Am Samstag, um 18.30 Uhr, bog eine 54-Jährige von der Schönfeld- in die Churerstrasse in Buchs ein. Dabei kam sie über die Fahrbahnmitte hinaus und prallte in das Auto einer 22-Jährigen, wie die Kantonspolizei St. Gallen mitteilte. Erst besprachen sich die beiden Frauen. Dann fuhr die ältere, ohne sich um die Schadenregulierung zu kümmern, davon. Sie konnte durch die Polizei angehalten werden. Die Unfallverursacherin wurde als fahrunfähig eingestuft und musste sich einer Blut- und Urinprobe unterziehen. Der Schaden an den Autos beträgt 1500 Franken. (red/kapog)

Ein serbisches Dorf strapaziert  
Liechtensteins Asylwesen

**Asylgesuche** Über die Hälfte der Asylgesuche 2017 stammt von Personen aus dem - als sicher eingestuft - Westbalkan. Insbesondere in einem serbischen Dorf scheint Liechtenstein beliebt zu sein, der Regierung sind derzeit die Hände gebunden.

VON DANIELA FRITZ

Das Recht auf Asyl ist ebenso unbestritten wie die humanitäre Verpflichtung eines Staates, Schutzsuchende aufzunehmen - daran ändert auch das revidierte Asylgesetz und die derzeitige Situation in Europa nichts. Allerdings wird dieses wichtige System strapaziert, wie eine Kleine Anfrage des FBP-Abgeordneten Johannes Hasler im März-Landtag zeigte. Das «Volksblatt» berichtete bereits, dass die Asylgesuche im vergangenen Jahr um 83 Prozent gestiegen sind - über die Hälfte der 152 Antragsteller stammt aus den als sicher geltenden Herkunftsländern Serbien (64) und Mazedonien (15). «Oft handelte es sich dabei um Personen aus demselben serbischen Dorf oder Verwandte, die der ethnischen Minderheit der Roma angehören. Diese Entwicklung setzt sich bisher im Jahr 2018 fort», wie Regierungsrätin Dominique Gantenbein in der Beantwortung der Kleinen Anfrage ausführte. Sie gab zu, dass die neu eingeführten Unzulässigkeitsgründe für Asylsuchende aus sicheren Heimatländern noch nicht den gewünschten Effekt erzielen würden. Dass sich die Asylsuchenden aus sicheren Staaten teilweise untereinander kennen und sich gegenseitig nachziehen, sei ebenfalls ein Grund, warum der angestrebte



Johannes Hasler (FBP) hakte im März-Landtag nochmals genau nach, ob die Reform des Asylgesetzes bereits greift. (Foto: Michael Zanghellini)

Effekt in Bezug auf Asylsuchende aus dem Westbalkan - «noch nicht» - eingetreten sei.

## Instanzenzug wird ausgeschöpft

«Situationen wie in Liechtenstein, wo das Asylsystem von Personen genutzt wird, die sich dadurch einen temporären Aufenthalt erhoffen, ohne international schutzbedürftig zu sein, bestehen nach Angaben des UNHCR auch in anderen Staaten», so

Gantenbein weiter. Grund dafür seien oftmals zu lange Asylverfahren, die einen Aufenthalt im Land attraktiv und profitabel erscheinen lassen würden, obwohl von vornherein klar ist, dass dieser nicht von Dauer ist. Die Regierung stelle fest, dass der Grossteil der Personen aus sicheren Herkunftsländern sämtliche Rechtsmittel ausschöpfen würden. «Das heisst, die Entscheide des VGH werden somit in aller Regel mittels

Individualbeschwerde an den Staatsgerichtshof (StGH) weitergezogen, was die Verfahrensdauer wesentlich verlängert», führt die Regierungsrätin aus. Dass der Antrag auf Verfahrenshilfe nach der Gesetzesreform nur mehr zusammen mit dem verfahrenseinleitenden Schriftsatz beziehungsweise der Beschwerde eingereicht werden könne, hätte Verfahrensverzögerungen vermeiden und auch Kosten einsparen sollen. «Durch eine neue Rechtsprechung des StGH ist derzeit unklar, ob diese Massnahme in Zukunft noch greifen wird», gab Gantenbein allerdings zu bedenken.

## Mehrfachgesuche nehmen zu

Verzögerungen gibt es auch bei Personen, die in mehreren Dublin-Staaten um Asyl angesucht haben. Solche Mehrfachgesuche kämen in letzter Zeit gehäuft vor. «Sowohl aufgrund der aktuellen Gesetzeslage wie auch der Rechtsprechung ist es bei Mehrfachgesuchen derselben Personen nicht möglich, lediglich eine formlose Wegweisung zu verfügen», erklärt Gantenbein. Die Regierung prüfe aber die Einführung einer konkreten Regelung in solchen Fällen. «Dabei ist insbesondere zu untersuchen, ob beziehungsweise in welcher Form eine solche Regelung den verfassungsrechtlichen Anforderungen standhält», so die Regierungsrätin weiter.

Tarmed: Arztkosten deutlich  
höher als in Nachbarkantonen

**Entwicklung** Vor einem Jahr hat Liechtenstein den Schweizer Arzttarif «Tarmed» eingeführt. Wendelin Lampert (FBP) wollte im Rahmen einer Kleinen Anfrage wissen, ob dadurch die Arztkosten gesunken sind.

VON DORIS QUADERER

Ja, die Kosten sind gesunken, aber nur marginal. Laut Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini betragen die Kosten für ärztliche Behandlungen ohne Labor hierzulande gemäss BAG Kostenmonitoring im Jahr 2017 906 Franken pro versicherte Person. Damit seien die Kosten gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent zurück-

gegangen. Vergleicht man diesen Wert mit den Schweizer Kantonen, zeigt sich, dass Liechtenstein nach Zürich und Genf die dritthöchsten Arztkosten in der Schweiz aufweist (die Rangliste ist um die unterschiedlichen Taxpunktwerte bereinigt). Verglichen mit den Nachbarkantonen sind die Kosten hierzulande deutlich höher. So liegen die Liechtensteiner Arztkosten 25 Prozent über jenen im Kanton St. Gallen und um 40 Prozent höher als im Kanton Graubünden.

Auch die Gesamtkosten pro versicherte Person sind laut Pedrazzini im Jahr 2017 ganz leicht zurückgegangen und zwar um 0,2 Prozent auf 4390 Franken. Ob eine Prämien-

erhöhung demnach für das Jahr 2018 gerechtfertigt war, wollte Wendelin Lampert weiter wissen. Mauro Pedrazzini rechnete vor, dass die durchschnittliche Prämienänderung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung für das Jahr 2017 minus 7,2 Prozent und für 2018 plus 0,6 Prozent betragen habe. Die Kostenentwicklung sei jedoch nur eine, wenngleich wesentliche Einflussgrösse auf die Prämienentwicklung. Würden die Prämien als zu hoch kalkuliert, müssten daraus Reserven gebildet werden. Zu hoch kalkulierte Prämien könnten also nicht als Gewinne abgeschöpft werden. Erst Ende 2018 werde rückblickend zu beurteilen sein, wie genau die Prognosen der Kassen waren.

Kommentar  
Fehlende Logik

DORIS QUADERER

Brief wurde jedoch in der Landtagsdebatte von keinem der Abgeordneten erwähnt.

## Schulgrösse nicht ausschlaggebend

In der Schulbautenstrategie wird weiter argumentiert, dass man bei den Ober- und Realschulen auf dezentrale und kleinere Schulstandorte setzen wolle. Nun, wenn das ein zentrales Anliegen ist, warum löst man dann den Standort St. Elisabeth auf? Wenn die Schüler der Real- und

Sportschule in Schaan wie geplant ab 2024 ins Mühleholz II einziehen, dann wird diese Schule fast exakt so viele Schüler beherbergen, wie jetzt die Real- und Oberschule Eschen - nämlich rund 350. Was im Unterland als zu grosser Schulstandort gesehen wird, wäre dann im Oberland plötzlich legitim? Übrigens, die Schülerzahlen werden sich - das kann man ebenfalls in der Schulbautenstrategie nachlesen - voraussichtlich bis 2050 nicht gross verändern.

Wohnortnähe - einziges  
Argument für Millionenbau?

Als einzig wirklich stichhaltiges Argument kann also noch die Wohnortnähe angeführt werden. Das betrifft beim SZU II jedoch nur die Ruggeller und Gampriner. Für einen Grossteil der Jugendlichen aus Schellenberg oder Bendern ist es gehüpft wie gesprungen, ob sie nun nach Eschen oder Ruggell in die Schule gehen. Die Fahrt mit dem Bus von Ruggell nach Eschen dauert gut 20 Minuten - das ist in etwa gleich lang, wie die

## Privatklinik Medicnova

OKP-Vertrag nicht  
in Sichtweite

**VADUZ** Zwar hat die Medicnova Privatklinik seit Januar eine gültige Betriebsbewilligung, aber noch immer keinen OKP-Vertrag. Manfred Kaufmann (VU) wollte daher von Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini wissen, was gegen einen allgemeinen OKP-Vertrag mit der Klinik spreche. Pedrazzini antwortete, dass die Erteilung eines solchen Vertrages für alle medizinischen Leistungen die Konkurrenzsituation zum Landesspital weiter verschärfen würde. Der Staat würde Beiträge direkt an die Medicnova bezahlen und gleichzeitig müssten die Einnahmehausfälle des Landesspitals ausgeglichen werden, um dessen Betrieb sicherzustellen. In diesem Fall würde der Staat also doppelt zur Kasse gebeten. Die Regierung prüfe aber derzeit verschiedene Modelle der zukünftigen Ausgestaltung der liechtensteinischen Spitallandschaft. (dq)

Fahrt von Planken zum Mühleholz II oder von Triesenberg zu den weiterführenden Schulen Triesen. Warum ist für die Ruggeller ein solcher Weg nicht zumutbar - für andere aber schon? Also auch hier kann man ein Fragezeichen setzen.

«Wir bauen für Generationen», sagte Dominique Gantenbein während der Landtagsdebatte. Ja, das ist so. Nicht nur der Bau des Schulhauses wird 40 bis 50 Millionen kosten. Sondern auch die Folgekosten, die unsere Kinder- und Enkelkinder zu tragen haben werden, sind nicht ausser Acht zu lassen. Wir sollten uns schon gut überlegen, was wir ihnen aufbürden. Bevor man also baut, sind die Vor- und Nachteile sachlich und mit Einbezug der Lehrpersonen, der Elternschaft und der Schüler abzuwägen. Denn von den Wünschen der Betroffenen lese ich in der Schulbautenstrategie nichts. Hat man die - aktuell - überhaupt gefragt?

dqaderer@volksblatt.li